

## Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	11/2020
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	08.12.2020
Zeit:	19:01 Uhr – 21:59 Uhr
Ort:	Kirchberghalle, Mückenloch
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<p><b><u>Grüne</u></b> Stadträtinnen Geißler, Groesser, Schlüchtermann, Weber und Dr. Welter; Stadträte Katzenstein und Konrad</p> <p><b><u>FW</u></b> Stadträtin Stephanie Streib, Stadträte Rehberger, Dr. Rothe, Scholl, KH Streib und Wachert</p> <p><b><u>CDU</u></b> Stadträtinnen Harant und Oppelt, Stadträte Bernauer, Rupp und Wagner</p> <p><b><u>SPD</u></b> Stadträtin Linier und Oehne-Marquard, Stadträte Bergsträsser, Hertel, Keller und Schimpf</p> <p><b><u>Linke</u></b> Stadtrat La Licata</p> <p><b><u>Ohne Fraktionszugehörigkeit</u></b> Stadtrat Fritsch</p>
weiter anwesend:	Frau Polte (FB1), Herr Möhrle (FB3), Herr Seidel (FB5), Herr Seiz (FB6) bis TOP 5
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtin von Reumont
Urkundspersonen:	Stadträtin Weber, Stadtrat Scholl
Sachvortrag:	Herr Dr. André Assmann, Büro Geomer GmbH
Schriftführerin:	Frau Taag

## 0: Bürgerfragestunde

Eine Neckargemünder Bürgerin fragt nach einem Tor, das vor zwei Jahren noch auf ihrem Grundstück in der Güterbahnhofstraße stand. Dieses sei durch den städtischen Bauhof abgebaut worden und seither unauffindbar. Den provisorischen Bauzaun habe sie nun privat durch ein neues Tor ersetzt und noch keinen finanziellen Ersatz von der Stadt erhalten.

Der Bürgermeister erwidert, dass die Stadtverwaltung ihr hierzu schriftlich antworten wird.

Die Bürgerin spricht eine alte, verrostete Türe am Neckargemünder Friedhof an, die seit Jahren offenstehe und sich nicht schließen lasse. Dies habe sie schon oft bei der Stadtverwaltung gemeldet. Sie befürchtet, eindringende Wildtiere könnten Gräber beschädigen.

Der Bürgermeister entgegnet, dass seit Beginn seiner Amtszeit hierzu keine schriftliche Anfrage eingegangen sei. Ebenso wenig sei ihm in diesem Zeitraum die Meldung eines Schadens an Gräbern durch Wildtiere bekannt.

Ein Mückenlocher Bürger sagt, er gehe davon aus, dass der Bürgermeister seinen letzten Leserbrief in der Rhein-Neckar-Zeitung von letzter Woche zur Kenntnis genommen habe und bittet ihn dazu Stellung zu beziehen.

Der Bürgermeister weiß, dass u.a. zur Thematik des halbanonymen Gräberfeldes kürzlich die Friedhofscommission getagt habe und es demnächst eine Gemeinderats-Vorlage geben werde. Dieser greife er nicht vor.

Der Bürger bittet, auch zur im Leserbrief erwähnten Überschwemmung der Friedhofstraße Stellung zu beziehen.

Der Bürgermeister weist auf den TOP 5 hin, wenn Herr Dr. Assmann von der Firma Geomer einen Sachvortrag zu dieser Thematik halten werde. Auch diesem greife er nicht vor.

Der Bürger berichtet, dass im ehemaligen evangelischen Gemeindehaus in Mückenloch Gerätschaften und Möbel zerstört und wegtransportiert worden seien. Darüber sei der Ortsvorsteher Bergsträsser nicht informiert worden. Er fragt nach dem Grund hierfür.

Der Bürgermeister antwortet, die Küche sei auch ohne sein Wissen abtransportiert worden. Er verspricht, dass die Stadtverwaltung schauen werde, was dort wiederhergerichtet werden könne. Eigentümer des Gebäudes sei die Stadt Neckargemünd und diese werde die Küche nach eigenem Ermessen wiederherrichten.

Ein Neckargemünder Bürger sagt, die Digitalisierung sei von größter Wichtigkeit – auch bei schlechter Finanzlage der Stadt. In der Kurt-Lindemann-Straße werde gerade aufwendig die Straße aufgegraben. Er möchte wissen, ob hier auch ein Breitbandanschluss geplant sei.

Der Bürgermeister berichtet, dass die Stadt bei allen Straßenbaumaßnahmen, bei denen entsprechend annehmbare Angebote vorlägen, Leerrohre für Glasfaser mitverlege. Oft würden horrenden Preise auferlegt. Das lehne die Stadtverwaltung dann ab. Es sei nicht verhältnismäßig, für wenige Meter Kabel mehrere 100.000 Euro zu zahlen. Beim Internetausbau hätten zunächst die Schulen Priorität.

Der Bürger betont, wie wichtig ein guter Internetanschluss für seine Unternehmen sei. Er fragt, ob es also auf absehbare Zeit keine bessere Internetverbindung geben werde.

Der Bürgermeister sagt, er könne kein festes Datum nennen. Neckargemünd habe laut einer Netzanalyse keine Gegenden mehr, in denen die Internetqualität mangelhaft sei. Die Telekom habe massiv den Vektorausbau vorangetrieben. Die Stadtverwaltung setze alles um, was vom Bund gefördert werde. Es gäbe einen Hoffnungsschimmer am Horizont für einen geförderten Ausbau ab 50 MBit/s. Er werde jedoch keine feste Zusage machen, wenn er dies nicht auch sicher einhalten könne.

Der Bürger fragt, ob er zur Ehrung von Stadtrat Fritsch Fotografien anfertigen dürfe.  
Frau Polte stimmt dem zu.

Eine Mückenlocher Bürgerin meldet sich als Betroffene des Starkregenrisikomanagements zu Wort. Sie gibt an, dass die Stadt ihr Gebäude zwar vor weiterem Starkregen geschützt habe. Sie habe jedoch gesehen, dass trotzdem noch Wasser auf ihr Grundstück gelange, nämlich durch den Straßengraben. Sie sieht sich hier weiter gefährdet. Sie fragt, ob die Bürgerschaft zu den lokalen Starkregenrisiken noch angehört werde.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Stadt für alle Bürger Ansprechpartnerin sei. Beim Haus der Bürgerin gehe es zudem um eine Kreisstraße, da sei auch der Rhein-Neckar-Kreis involviert. Er bittet die Detailfragen zu ihrem Gebäude im Einzelfall und nicht im Gremium zu besprechen.

Die Bürgerin ergänzt, dass sie sich wünscht, dass die Gesamtsituation mit der Bürgerschaft besprochen werde.

Der Bürgermeister bittet, zunächst die Behandlung des Themas im Gremium abzuwarten. Danach müsste die Stadtverwaltung sich die Erkenntnisse in der Tat mit jedem Ortsteil ansehen. Kartenmaterial könne dann online eingesehen werden.

Die Bürgerin sagt, es würden im Ortsteil Mückenloch immer mehr Wiesen- und Waldwege verdichtet. Dadurch könne immer weniger Wasser versickern. Sie fragt, wann das Ordnungsamt hier durchgreifen würde. Nach Auskunft des Bürgermeisters ist das nicht nur Sache des Ordnungsamts, sondern auch des Landratsamts Rhein-Neckar-Kreis.

Die Bürgerin erwidert, mit dem Wegerecht habe das Landratsamt nichts zu tun. Hier würden schwerwiegende Dinge nicht geahndet. Zudem habe Mückenloch noch keines der versprochenen Wildmüll-Plakate bekommen.

Der Bürgermeister verspricht, dies nachzuholen.

1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 09/2020 vom 10.11.2020**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor. Im Original-Protokoll, das zu unterschreiben ist, fehlt die letzte Seite.

1.2: **Beratung:**

1.3: **Beschluss:**

Die Abnahme des Protokolls wird auf die nächste Sitzung verschoben.

2: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 10/2020 vom 17.11.2020**

- 2.1: **Sachvortrag:**  
Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.
- 2.2: **Beratung:**  
Stadtrat Katzenstein bittet um Streichung seines Zitats in TOP 1, auf S. 4, an welches er sich nicht mehr erinnern könne.  
Der Bürgermeister stimmt dem zu.
- 2.3: **Beschluss:**  
Das Protokoll wird entsprechend geändert.
- 3: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 10/2020 vom 10.11.2020 gefassten Beschlüsse**
- 3.1: **Sachvortrag:**  
Die Vorlage des FB 1 – Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.
- 3.2: **Beratung:**
- 3.3: **Beschluss:**  
Folgender Beschluss wird bekanntgegeben:  
Der Gemeinderat beschloss einstimmig, die noch ausstehenden Pachtzahlungen dreier gastronomischer Betriebe aufgrund entsprechender Anträge in Höhe von insgesamt rund 5.100 € zu erlassen. Dies erfolgt als Maßnahme der Wirtschaftsförderung aufgrund der erschwerten Situation durch die Corona-Pandemie, insbesondere durch den „Lockdown“ verursachte Schließungen.
- 4: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 11/2020 vom 17.11.2020 gefassten Beschlüsse**
- 4.1: **Sachvortrag:**  
Die Vorlage des FB 1 – Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.
- 4.2: **Beratung:**
- 4.3: **Beschluss:**  
Folgende Beschlüsse werden bekanntgegeben:  
Der Gemeinderat beschließt einstimmig, das im TVöD vorgesehene Leistungsentgelt für das Jahr 2020 außertariflich nach dem Prinzip der pauschalisierten Auszahlung prozentual auf alle Mitarbeiter auszuschütten (2% je Beschäftigungsmonat).

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, einem Interessenten für den Ankauf eines Teilbereichs des Grundstücks Flst. Nr. 1899/10, Dilsberger Straße 27, statt Kauf den Abschluss eines Erbpachtvertrages vorzuschlagen.

5: **Ergebnisse des kommunalen Starkregenrisikomanagements**

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 6 – Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

5.2: **Beratung:**

Der Bürgermeister fügt hinzu, dass das städtische Krisenmanagement bereits den Starkregen in FLIWAS regelmäßig beobachtet, das sich bereits gut bewährt. Das Thema sei für die Stadt von großer Bedeutung, da es sich in jedem Ortsteil ganz unterschiedlich auswirke. In Mückenloch gäbe es einen Kessel, in Waldhilsbach drei Bachläufe, die zusammenfließen und in Dilsberg eine Senke. Dies sei ein sehr diverses Thema. In den Workshops hätten die praktischen Erfahrungen der Feuerwehrleute mit den theoretischen von Geomer weitestgehend übereingestimmt.

Stadtrat Konrad fragt, welchen konkreten Handlungsbedarf Herr Dr. Assmann beim Thema Parkplatz sähe.

Herr Dr. Assmann erklärt, dass bei Starkregen der Unterschied zwischen schlecht bewirtschafteter Landwirtschaftsfläche und Parkfläche nicht mehr sehr groß sei. Selbst mit Sickersteinbelag auf Parkplätzen könnte das Wasser eines Starkregens nicht schnell genug ablaufen.

Stadtrat Konrad fragt weiter, ob bestehende Bebauungspläne nachträglich angepasst werden müssen.

Herr Dr. Assmann sagt, es gäbe beim Starkregenrisikomanagement keine Pflicht zur Anpassung bestehender Bebauungspläne, lediglich eine Informationspflicht. Es gäbe eine ganze Menge Möglichkeiten, dies als Selbstverpflichtung in das Planungsverfahren zu integrieren.

Stadtrat Konrad fragt, warum die SRH nicht auf der Liste aufgeführt sei.

Herr Dr. Assmann antwortet, dass ein Krankenhaus oder Institut, das nicht in städtischer Hand sei, nicht in der Förderung integriert sei.

Stadtrat Konrad fragt, ob der Gemeinderat künftig über Fortschritte im Starkregenrisikomanagement informiert werde.

Der Bürgermeister bejaht dies. Er halte es für wichtig, die Thematik zur Vorsorge immer wieder zu kommunizieren, auch an die Öffentlichkeit. Hinzukäme die Hilfe für privat Betroffene, mit denen das Kartenmaterial durchgesehen werden könne. Dies müsse vor allem in den Ortsteilen besprochen werden.

Die Stellungnahme der Fraktion der Grünen liegt dem Protokoll bei.

Stadtrat Wachert dankt Herrn Dr. Assmann für die ausführliche Schilderung, die auch für Laien verständlich sei. Die Zusammenarbeit mit dem Gemeindeverwaltungsverband sei wichtig gewesen, auch um gemeinsam Kosten zu sparen. Starkregen mache vor kommunalen Grenzen keinen Halt. Das Krisenmanagement in Neckargemünd funktioniere schon sehr gut. Er dankt an dieser

Stelle der Freiwilligen Feuerwehr und dem THW. Die Stadt müsse sich jetzt darauf konzentrieren, weiter in Richtung Klimavorsorge zu gehen.

Stadträtin Oppelt dankt Herrn Dr. Assmann für das vorgelegte Konzept und den gut strukturierten Vortrag. Dies sei ein wichtiges Thema, vor allem in Waldhilsbach und Mückenloch. Die Fraktion der CDU begrüße die Zusammenarbeit im Gemeindeverwaltungsverband, durch die die Kosten im Rahmen gehalten wurden.

Stadtrat Schimpf schließt sich dem Dank an. Die SPD-Fraktion habe in Waldhilsbach nach dem großen Schadensfall eine Begehung gemacht. Es sei interessant gewesen zu sehen, wie Mauern zwar etwas abhalten, aber andererseits auch eine Erhöhung des Risikos seien könnten.

Er spricht weiter der Stadtverwaltung sein Lob aus, im Dilsbergerhof könne er eine gründliche Reinigung der Kanäle und Sinkkästen beobachten. Wenn die Stadt mit gutem Beispiel vorangehe, könne man auch gut die Bürgerschaft bitten, ihren Teil zu tun. Der Gemeinderat habe das Thema beim Bebauungsplan Kleingemünd schon aufgenommen. Das Thema sei wichtig und müsse kommuniziert werden.

Ortsvorsteher Bergsträsser betont, das Thema sei bei ihm auch nach dem Ereignis nicht in Vergessenheit geraten. Die Feuerwehr tue zwar ihr absolut Möglichstes im Schadensfall, aber ein gezieltes Management gäbe es noch nicht. Er dankt Herrn Dr. Assmann für den Vortrag. Nun wisse man, wo Starkregenereignisse besonders häufig auftreten. Einen Plan, was, wann, wo baulich geändert werden müsse, gäbe es noch nicht. Er schlägt vor, im Rathaus hierzu eine Stabsstelle einzurichten. Er dankt dem Bürgermeister für seine Bereitschaft, zu dieser Thematik an den Ortschaftsratssitzung teilzunehmen und lädt ihn zur Sitzung der Ortschaftsrates Mückenloch am 18.01.2021 ein.

Er bittet den Fachbereich 1, bei so umfangreichen Dokumenten jeder Fraktion einen Ausdruck zur Verfügung zu stellen.

Der Bürgermeister sagt, auf Anfrage könnten gerne umfangreiche Ausdrücke zur Verfügung gestellt werden. Aus ökologischen Gründen werde dies nicht automatisch erfolgen.

Er halte es nicht für nötig, eine Stabsstelle einzurichten. Die Zuständigkeit erstreckte sich über viele Fachbereiche. Vom Fachbereich 4 für das Krisenmanagement, zum Fachbereich 6 bei baurechtlichen Fragen zum Fachbereich 5, wenn städtische Gebäude betroffen sind. Die Verwaltung werde sich des Themas annehmen. Er sagt, es werde nicht in einem Jahr für jedes einzelne Gebäude alles geregelt sein, da dies ein langwieriges Thema sei. Wichtig sei, dass das Thema städtisch und fachmännisch begleitet werde.

Ortsvorsteher Bergsträsser bittet, wenn keine Stabsstelle eingerichtet werde, einen Plan aufzustellen und einen Arbeitskreis einzurichten. Dies müsse unbedingt in den nächsten fünf Monaten geschehen.

Der Bürgermeister betont, das „Papier“ sei nicht für die Schublade, sondern zum Arbeiten gedacht.

Stadtrat La Licata dankt Herrn Dr. Assmann. Durch den Klimawandel werden Starkregenereignisse die Stadt noch häufiger beschäftigen, daher bekäme das Starkregenrisikomanagement von ihm volle Zustimmung.

Ortsvorsteherin Linier betont, dass Waldhilsbach seit Jahren eine Gewässerschau und eine Bürgerversammlung zu diesem Thema fordere. Durch die Verdolung in Waldhilsbach gäbe es schnell Hochwasser. Sie dankt dem Fachbereich 6, insbesondere den Herren Seiz und Reess, für den Bau des hervorragenden Einlaufbauwerks. Seit März 2019 gäbe es schon eine neue Baustelle: die Mauer vor dem Kindergarten neige sich zur Bachmitte. Beim nächsten Starkregen fließe wieder Wasser in den Kindergarten.

Der Bürgermeister sagt, eine Gewässerschau mit dem Fachbereich 6 sei vorgesehen. Auch für eine Bürgerversammlung sei er zu haben, eventuell auch mit Mitarbeitern der Firma Geomer und wenn die Corona-Pandemie es zulasse.

Herr Seiz ergänzt, dass die Gewässerschau nächstes Jahr angegangen werden solle. Dies müsse noch mit jedem Anwohner abgesprochen werden. Oft gäbe es Mondpreise für Baudienstleistungen, zum Beispiel bis zu 100.000 Euro für ein paar Meter Mauer. Es müsse auch geklärt werden, wer die Mauer errichtet habe, die Stadt oder ein Anwohner.

Der Bürgermeister sagt zu, dass die Gewässerschau im ersten Quartal 2021 durchgeführt werden soll. Zurzeit sei es sehr schwierig, Ansprechpartner aus anderen Behörden zu treffen.

Stadtrat Fritsch spricht die Informationsvorsorge mit Eigenverantwortung der Bürgerschaft an. In Neckargemünd gäbe es Baulücken, zum Beispiel in der Bahnhofstraße Ecke Melacpass. Hier sei der Kanal gemacht worden, aber im Bereich oberhalb der Aral-Tankstelle müssten die Leute mit Gummimatten den Einlauf ins Haus verschließen. Er fragt was hier passiere, wenn der Kanal nach Heidelberg das Wasser nicht mehr fasse.

Am Melacpass Ecke Güterbahnhofstraße sei ein um 90 Grad gebogenes Rohr. Er fragt, welche Funktion das erfülle.

Herr Seiz antwortet, dass es sich hierbei um ein Entlüftungsrohr der Stadtwerke für Wasser oder Gas handle, mit dem Kanal habe das nichts zu tun.

Stadtrat Fritsch fragt Herrn Dr. Assmann, welche Überläufe es in Neckargemünd gäbe. Herr Dr. Assmann sagt, dass dies ein abendfüllendes Thema. Ab einer gewissen Stärke, gehe man davon aus, dass das Kanalnetz das Wasser nicht mehr aufnehmen könne, weil es dafür gar nicht geplant sei. Das Wasser fließe also an der Oberfläche ab. Ziel des Starkregenrisikomanagements sei es, Vorsorge zu tragen, dass kein bis wenig Schaden entstände. Ein Keller dürfe volllaufen; die Informationsvorsorge soll dafür sorgen, dass darin niemand ertrinke. Mit der Eigenvorsorge der Bürgerschaft sei gemeint, dass die Bürger bei Starkregen nicht in die Tiefgarage oder den Keller gingen, um Gegenstände oder Autos zu „retten“. Es werde eine Maßnahmen-Checkliste auf der Homepage veröffentlicht.

Stadtrat Hertel fragt, ob Bebauungspläne angegangen werden können. Es gäbe den §34 für vorhabenbezogene Bebauungspläne und Befreiungen in Gebieten mit Bebauungsplänen. Auf der Seite starkregengefahr.de sei das für Neckargemünd sehr schön dargestellt. Könne man entsprechende Vorgaben in die Bebauungspläne aufnehmen?

Herr Dr. Assmann sagt, es sei wichtig, die Bauherren für das Thema zu sensibilisieren.

Stadtrat Dr. Rothe merkt an, dass die Stadt sich mehr mit Regenrückhaltebecken und -flächen befassen solle.

Der Bürgermeister sagt, es sei richtig, dass die Stadt jetzt das Kartenmaterial in der Hand habe. Daraus würden sich Handlungsanweisungen ergeben. Bei Entscheidungen müsse es berücksichtigt werden und jetzt könne die Stadt bei Bauvorhaben auf das Starkregenrisikomanagement verweisen.

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd nimmt die Ergebnisse des kommunalen Starkregenrisikomanagements zur Kenntnis und beschließt einstimmig die weitere Umsetzung des Handlungskonzepts für die Stadt Neckargemünd.

6: **Haushalt 2021 – Einbringung durch den Bürgermeister**

6.1.: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 3 Finanzen ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Auch die Haushaltsrede des Bürgermeisters wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

6.2: **Beratung:**

Der Bürgermeister ergänzt, dass der Haushaltsentwurf noch vor Weihnachten an die Fraktionen des Gemeinderats geschickt werde.

6.3: **Beschluss:**

Ein Beschluss des Gemeinderates ist nicht erforderlich. Der Gemeinderat nimmt den Entwurf des Haushaltes zur Kenntnis und wird diesen in einer Klausurtagung beraten.

7: **Ehrung für kommunalpolitische Tätigkeit**

7.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

7.2: **Beratung:**

Der 2. stellvertretende Bürgermeister Katzenstein hält eine kurze Laudatio auf das ehrenamtliche Engagement von Stadtrat Fritsch in dessen 20-jähriger kommunalpolitischer Tätigkeit. Diese wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Stadtrat Fritsch bedankt sich bei Stadtrat Katzenstein für die Ehrung und die ausführlichen Worte.

Der Bürgermeister spricht seine herzlichen Glückwünsche aus.

7.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die Ehrung von Herrn Giuseppe Fritsch durch den Gemeinde- und Städtetag des Landes Baden-Württemberg anlässlich seiner 20-jährigen Zugehörigkeit zum Gemeinderat zur Kenntnis. Der 2. Stellvertretende Bürgermeister, Stadtrat Katzenstein, nimmt die entsprechende Ehrung vor.

8: **Änderung der Vergnügungssteuersatzung**

8.1.: **Sachvortrag:**



Die Vorlage des FB 3 Finanzen ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

8.2: **Beratung:**

Stadträtin Groesser merkt an, dass Spielautomaten „Geldschluckautomaten“ seien. Gewinner seien die Aufsteller und nicht die Spieler, daher könne die Fraktion der Grünen voll dahinterstehen, den Steuersatz zu erhöhen, in der Hoffnung, dass die Lenkungsfunktion Wirkung zeige.

Stadtrat Rehberger sagt, dass Neckargemünd 2021 jeden Cent benötigen werde. Die Erhöhung der Vergnügungssteuer sei davon nur ein kleiner Teil. Zumal schon fast vier Jahre seit der letzten Erhöhung vergangen seien. Neben dem fiskalischen Effekt gäbe es auch den Steuerungseffekt. Die Fraktion der Freien Wähler hoffe, dass dann der eine oder andere Automat nach der Erhöhung bald abgehängt werde. Die Lokalitäten, in denen die Automaten stehen, bekämen auch eine Miete von den Aufstellern, eventuell werde die Steuererhöhung an die Wirte weitergereicht. Das höhere Gut sei die Intention der Stadt. Die Freien Wähler würden sich mehrheitlich dem Verwaltungsvorschlag anschließen. Er bittet den TOP auf Wiedervorlage für 2021 zu nehmen, um dann den Schritt auf die 25% zu machen.

Stadtrat La Licata sagt, er werde dem Beschlussvorschlag wegen der Lenkungsfunktion und dem fiskalischen Grund zustimmen. Ihm seien 23% noch zu wenig. Bei Cannabis werde ein „Riesentheater“ gemacht und beim Geldspiel werde immer weiter liberalisiert. Diese Automaten ruinierten Leuten das Leben.

Stadtrat Wachert sagt, er stimme in dem Punkt überein, dass Spielautomaten Geld schluckten und Existenzen ruinierten. In „Coronazeiten“ litten jedoch gerade die Gastronomen extrem. Die fünf Gastronomen in Neckargemünd, die dies betreffe, hätten eine Umsatzbeteiligung und somit Verluste durch eine Steuererhöhung. Prinzipiell fände er Glücksspiel auch schlecht, es gäbe aber auch Darts-Automaten, diese würden auch besteuert. Er sei dafür, dass das Thema erst nächstes Jahr angegangen werde.

Der Bürgermeister erwidert, dass der Satz für Geräte ohne Gewinnmöglichkeit, wie Darts-Automaten, nicht erhöht werde.

Stadtrat Fritsch sagt, viele junge Menschen verfielen den Geldspielautomaten und ruinierten sich ihr Leben. Die Verwaltung solle etwas tun, um junge Menschen anderweitig mit Sport und Vereinen zu beschäftigen. Am Automaten mit Geld spielen sei eine Sünde.

Stadtrat Wagner sagt, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimme wegen der Mehreinnahmen für die Stadt und der Lenkungsfunktion.

8.3: **Beschluss:**

1. Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich mit einer Gegenstimme einen Steuersatz von 23 % der elektronisch gezählten Bruttokasse für das Bereithalten eines Gerätes mit Gewinnmöglichkeit.
2. Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich mit einer Gegenstimme die beigelegte Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung).

9: **Annahme von Spenden und Schenkungen**

9.1.: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 3 Finanzen ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

9.2: **Beratung:**

Stadtrat Bergsträsser fragt, ob der Betrag an Spenden für das Terrassenfreischwimmbad benannt werden könne.

Herr Möhrle sagt, dass dies nicht anhand der vorliegenden Liste errechnet werden könne, weil der Fachbereich 3 Spenden immer zeitnah in den Gemeinderat einbrächte. In Summe seien dieses Jahr etwa 52.000 Euro fürs Freibad gespendet worden.

9.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen einstimmig an.

Stadträtin Harant verlässt die Sitzung.

10: **Antrag der Fraktion der Freien Wähler zu Photovoltaikanlagen in der Altstadt (vertagt vom 10.11. und 17.11.2020)**

10.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

10.2: **Beratung:**

Der Bürgermeister sagt, eine Fotomontage sei sehr kostenintensiv. Die Stadtverwaltung habe versucht, stattdessen eine Zeichnung anzufertigen und habe einige Dachstellen vorgefunden, die in Frage kämen. Punkt 2 sei umsetzbar. Zur Altstadtsatzung lägen einige Anträge vor, daher schlage er vor, eine Kommission einzuberufen, um eine Überarbeitung der Altstadtsatzung zu planen. Punkt 3 halte er für rechtlich schwierig.

Stadtrat Rehberger begrüßt den Vorschlag, eine Kommission einzuberufen.

Stadtrat Konrad sagt, auch die Fraktion der Grünen begrüße die Einrichtung einer Kommission. Auch sie „stolperten“ immer wieder über die Altstadtsatzung. Die Kommission sollte sich auch mit der Burgfeste Dilsberg befassen. Eine Fotomontage bzw. Zeichnung sollte gemacht werden, um Kritiker der Photovoltaikanlagen eventuell zu überzeugen. Den Punkt 3 halte seine Fraktion für nicht umsetzbar. Eine Prüfung schade aber nicht.

Stadtrat Bernauer dankt den Freien Wählern im Namen der CDU-Fraktion für den Antrag und stimmt zu. Heute könne man mit modernen Technologien bessere Lösungen finden, als es bei der Erstellung der Altstadtsatzung der Fall gewesen sei.

Stadtrat Hertel sagt, den Punkt 3 fände die SPD-Fraktion nicht uninteressant. Etwas Ähnliches gäbe es beispielsweise schon bei der Ablösung von Parkflächen in der Altstadt. Viele Gebäude seien aus anderen Gründen nicht PV-tauglich, zum Beispiel wegen des Denkmalschutzes, der Dachlast oder zu hoher Kosten. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, ob man hier etwas erreichen könne.

Den Punkt 2 halte die SPD-Fraktion für sinnvoll.

Statt des ersten Punktes schlage seine Fraktion eine Positivliste für Hersteller vor, die für PV geeignet seien. Fotomontagen seien eine tolle Sache, ohne 3D-Simulation aber sinnlos, da der Sonnenstand wechsele. Es gehe ja um Reflexionsflächen. Es gäbe Programme, die den Sonnenverlauf mitberechnen, diese seien allerdings sehr teuer. Daher solle man eher auf die Materialien achten, welche man zulässt.

Stadtrat La Licata sagt ebenfalls, dass die Fotomontage zu teuer werden könne. Die Bildung einer Kommission befürworte er. Die statistische Erstellung der Ausnahmen könne als Grundlage genommen werden. Er selbst möchte gerne in der Kommission mitarbeiten, da er die Gestaltungssatzung schon oft im Bauausschuss beanstandet habe, sowie über Erfahrung im Verfassen juristischer Texte verfüge und für Baurecht ein Faible habe.

Stadträtin Groesser merkt an, dass der Klimaschutzbeirat und die -managerinnen nicht bei jeder Kommissionssitzung dabei sein müssten, sondern nur wenn es um die PV-Anlagen gehe.

10.3: **Beschluss:**

Zur Überarbeitung der Gestaltungssatzung für die Altstadt soll eine Stadtratskommission eingerichtet werden, für welche jede Fraktion eine Person benennt. Zudem wird fraktionslosen Mitgliedern des Gemeinderats die Mitwirkung angeboten. Auf der Seite der Verwaltung soll ein Mitglied des Klimaschutzbeirats und das Klimaschutzmanagement teilnehmen, sofern Klimaschutzthemen behandelt werden, sowie Mitarbeitende weiterer Fachbereiche.

11: **Antrag von Stadtrat Bergsträsser, interfraktionell unterstützt, auf Einrichtung von Zehner-Parkkarten für bewirtschaftete Parkplätze der Stadt Neckargemünd (vertagt vom 10.11. und 17.11.2020)**

11.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

11.2: **Beratung:**

Stadtrat Bergsträsser ergänzt, dass Mitarbeitende des Rathauses ihre Parkscheine monatlich bezahlen, das entspräche 50ct pro Arbeitstag und das entspräche in seinem Antrag auch dem Preis für die Stadträte.

Der Bürgermeister sagt, aus Sicht der Verwaltung seien die 10er-Parkscheine absolut unnötig. Es gäbe direkt gegenüber dem Rathaus-Parkplatz entlang der Falltorstraße genügend Parkplätze. Für die Sitzungen ist das nicht notwendig, denn es gilt: 2 Stunden mit Parkscheibe bis 18 Uhr, danach frei. Die Parkscheine wären außerdem ein viel zu großer Verwaltungsaufwand.

Stadtrat Bergsträsser sagt, der 10er Parkschein stünde nicht nur Stadträtinnen und -räten für den Bereich Rathaus zur Verfügung, sondern würde auch auf den Schulparkplätzen gelten und damit das Problem an den Schulen lösen.

Stadträtin Groesser sagt, die Fraktion der Grünen lehnten den Antrag ab. Parkscheine für 50ct seien Unsinn, da man in der Falltorstraße parken könne. Rund um die Menzervilla sei auch kein Handlungsbedarf. Die Fläche sei gar nicht zum Parken ausgewiesen. Es dürfen nur Bauhofmitarbeiter dort parken, die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr seien und zu Einsätzen fahren müssten.

Stadtrat Wachert sagt, die Fraktion der Freien Wähler sei sich nicht ganz einig. Zum einen gäbe es die Meinung, dass die 10er-Parkscheine 10 statt 5 Euro kosten müssten. Zweifel gäbe es auch bezüglich der Entwertung durch die Karteninhaber selbst, da sie das Nutzungsdatum eintragen müssten. Könne man sich da auf Ehrlichkeit verlassen?

11.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt den Antrag mit 11 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen an. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zur Verwendung durch die Stadträte 10er Parktickets im Verkaufswert von 5 Euro einzuführen, für das Parken im Hof des Rathauses, Bahnhofstraße 54, und auf anderen bewirtschafteten Privatparkplätzen der Stadt Neckargemünd.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen  
Stadträtin Weber

Die Schriftführerin

Stadtrat Scholl